

Bund Revolutionärer Arbeiter

Unbezahlte Krankentage, nur noch 6 Monate Arbeitslosengeld: Sie bereiten die nächsten Angriffe auf uns vor!

Während die grippalen Infekte und andere Viren gerade kaum jemanden verschonen, fordern die Bosse von Konzernen wie Allianz und Mercedes, dass wir am ersten Krankentag keinen Lohn mehr bekommen sollen. Als würden wir zum Spaß krank werden! Ihre Forderung würde eine Lohnkürzung für alle Arbeitenden bedeuten.

Gleichzeitig fordern die Unternehmerverbände, dass Ärzte uns künftig nach Möglichkeit nur noch „Teilzeit“ krankschreiben. Nach dem Motto: Mit Rückenschmerzen kann man doch 3 Stunden arbeiten kommen – oder mit einem grippalen Infekt den halben Tag im Homeoffice arbeiten!?

Es ist die nächste dreiste Forderung der Kapitalisten, für die sie uns erneut mit der gleichen Lüge kommen wie immer in den letzten Jahren: Dass wir alle angeblich „nicht mehr arbeiten wollen“ und damit die Wirtschaft in den Ruin treiben würden. Welch eine Verdrehung der Tatsachen!

Wer hat denn in den letzten Jahrzehnten immer mehr Stellen abgebaut, um die Profite zu erhöhen? Wer hat dafür gesorgt, dass wir immer mehr arbeiten müssen, dass sich unsere Rücken, Schultern, Hände, Füße und Nerven kaum noch erholen können und wir dadurch immer häufiger krank werden? Genau die Kapitalisten, die uns nun vorwerfen, wie wären zu viel krank.

Und wer baut gerade radikal Stellen ab, vernichtet wie bei VW 35.000 Arbeitsplätze, obwohl der Konzern 16 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat? Wer zwingt so gerade Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit, nur um in der Krise weiter Milliardengewinne zu erhalten? Genau die Konzernbosse, die uns erklären, wir wären „zu faul“.

Wenn hier also jemand die Gesellschaft in den Ruin treibt, dann diese parasitäre kapitalistische Klasse und ihre Gier nach Profit!

Es ist kein Zufall, dass die Sprecher des Kapitals gerade jetzt vor der Bundestagswahl besonders laut mit ihren Forderungen um die Ecke kommen. Sie machen damit von vornherein klar, was sie von der neuen Regierung erwarten. Und wir können uns sicher sein: Egal wer die Wahl gewinnt, die nächste Regierung wird ihnen helfen, ihre arbeiterfeindlichen Angriffe umzusetzen.

Alle Parteien werden an der Regierung die Wünsche der Reichen erfüllen

SPD und Grüne versuchen nun zwar wieder so zu tun, als wären sie „sozial“ eingestellt. Aber wir haben sie doch an der Regierung erlebt! Unter ihnen sind die Reichen noch reicher geworden und wir noch ärmer. Ihre Regierung hat den Konzern-Bossen über hundert Milliarden Euro geschenkt, während sie uns Arbeitenden und Rentnern sogar kurz vor der Wahl noch mal die Steuern und die Krankenkassenbeiträge erhöht haben. Warum sollte das nach der Wahl auf einmal anders werden?

Und was CDU, FDP und AfD angeht: Sie stellen sich ja sogar offen hinter die arbeiterfeindlichen Forderungen der Kapitalisten. Sie werben mit Slogans wie „Fleiß muss sich wieder lohnen“. Doch damit meinen sie nicht etwa, dass man für seine Arbeit auch einen Lohn und eine Rente bekommt, von denen man leben kann.

Nein, sie wollen uns alle mit einer Serie von Gesetzen dazu drängen, Jobs sogar zu noch niedrigeren Löhnen anzunehmen... und dafür stattdessen noch mehr Überstunden zu machen und in der Rente noch weiter arbeiten zu gehen. Die ersten Spitzenpolitiker der CDU haben sich auch gleich hinter die Forderung nach unbezahlten Krankentagen gestellt.

„Ausbeutung soll sich noch mehr lohnen – für die Kapitalisten“ wäre ihr passenderer Wahlslogan.

Am radikalsten ist die AfD: Sie will sogar das Arbeitslosengeld I kürzen. Wer seine Arbeit verliert, soll nach ihrem Willen vielfach nicht mehr 12 Monate Arbeitslosengeld erhalten, sondern nur noch 6 Monate – und anschließend nur noch Bürgergeld. Und das soll einem sofort gestrichen werden, sobald man auch nur einen Job ablehnt.

Was für ein Traum für die Kapitalisten! Gerade werden bei thyssenkrupp, Bosch, Coca-Cola, Miele und so vielen anderen Betrieben Hunderttausende auf die Straße gesetzt. Mit diesen Gesetzen könnten die Kapitalisten all die Entlassenen zwingen, schon nach sechs Monaten jede noch so schlecht bezahlte Arbeit mit noch so schlechten Arbeitszeiten und -bedingungen annehmen zu müssen... was am Ende unser aller Arbeitsbedingungen nach unten drücken würde.

Gleichzeitig wollen CDU, AfD und FDP die Erbschaftssteuer und den Soli für die 1% Reichsten komplett abschaffen und die Steuern auf Profite radikal senken. Die Großaktionäre und Großerben mussten für den Reichtum auf ihren Konten keinen Handschlag tun. Sie leben von dem Reichtum, den wir Arbeitenden schaffen.

Und genau diese Reichen– die als einzige wirklich faul und parasitär leben – wollen sie mit Steuerenkungen belohnen... und uns dafür noch ärmer machen.

Was haben wir Arbeitenden für eine Wahl? Den Streik!

Eins ist also sicher: Wenn wir Arbeitenden verhindern wollen, dass es für uns noch schlimmer wird, dürfen wir nicht auf die nächste Regierung hoffen. Wir werden andere Mittel als den Wahlzettel nutzen müssen.

Das war in der Vergangenheit nicht anders. Die gerade wieder in Frage gestellte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist das beste Beispiel hierfür!

Dass wir überhaupt sechs Wochen lang weiter Lohn bekommen, wenn wir krank sind, das haben wir Arbeitenden auch nicht durch „das richtige Kreuz“ am Wahltag bekommen. 1956 haben 34.000 Werftarbeiter*innen in einem vier Monate (!) dauernden, harten unbefristeten Streik erkämpft, dass sie und bald darauf alle Arbeitenden in Deutschland zumindest 90% ihres Lohns im Krankheitsfall erhalten. In der Zeit der wilden Streiks ab 1969 wurde es dann auf 100% erhöht.

Und als die Regierung Kohl 1996 versuchte, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80% des Nettolohns zu senken, waren es ebenfalls Streiks und Großdemonstrationen von mehreren Hunderttausend Arbeitenden, die diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht haben.

Unsere Zukunft wird ebenfalls nicht davon abhängen, wer die neue Regierung bilden wird – sondern davon, ob und wie wir Arbeitenden wieder anfangen zu kämpfen.

Auch 1956 und 1996 haben die Kapitalisten gejammert, mit der Lohnfortzahlung wären sie nicht mehr international konkurrenzfähig und würden Pleite gehen. Auch damals haben sie die Arbeitenden als Faulpelze beschimpft. Doch zum Glück haben diese sich davon nicht in die Irre führen lassen.

Sie haben erkannt, dass die Kapitalisten mit dieser Propaganda einzig ihre Profitinteressen verteidigen – und haben dagegen mit Streiks ihre Interessen als Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigt. Uns bewusst zu werden, dass dies auch heute unser einzig möglicher Weg ist, ist bereits der erste, wichtige Schritt.

Wollen Sie den *Bund Revolutionärer Arbeiter* erreichen?

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org Mail: das-rote-tuch@gmx.de Tel./WhatsApp: 0151-55570980